

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 38, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Inhalt:

Der korporative Arbeitstarifvertrag. III. — Der Breslauer Oberbürgermeister Bender und das Koalitionsrecht der städt. Arbeiter. — Die „Arbeiterfreundlichkeit“ im Stettiner Stadtverordneten Kollegium. — Karl Marx und die Arbeiter. — Zur Lage der städtischen Arbeiter in Wülheim a. Rh. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Verbandsteil. — Briefkasten. — Anzeigen.

Der korporative Arbeitstarifvertrag.

III. Die Stellung der deutschen Stadtverwaltungen zur Tarifgemeinschaft.

Nichts ist vielleicht kennzeichnender für die sozialpolitische Mündigkeit der deutschen Stadtgemeinden, als ihre bisherige Stellungnahme zur Tarifgemeinschaft.

Wir haben in den vorausgehenden Artikeln die Bedeutung und die gefestigte Position gezeigt, welche sich die Tarifvereinbarung in der Privatindustrie erobert hat. Selbst Schmelzer*), der die Tariffrage ausgesprochenemassen vom Arbeitgeberstandpunkt behandelt, weiß nur wenig von der Verletzung der Kommunen auf diesem Gebiet zu berichten. Das einzige, was vielleicht bemerkenswert wäre, ist die teilweise Anerkennung des Buchdrucker tariffs, die sich aber mehr auf platonische Stundgebungen beschränkt.

Wenn man bedenkt, wie besonders in Norddeutschland seitens der Stadtgemeinden über die fehlende Selbstverwaltung geklagt wird, wie man die ja tatsächlich bestehende Bevormundung durch den preussischen Staat oftmals als Entschuldigungsgrund anführt bei mangelnden Reformen auf den verschiedensten Gebieten, so sollte man meinen, die Stadtverwaltungen müßten wenigstens auf den ihnen noch verbleibenden Initiativgebieten muster-gültiges durchführen. Aber weit gefehlt!

Die bayerische Regierung hat in einer Entschließung des Ministeriums vom April 1905 ihren Standpunkt durch folgende Ausführungen festgelegt: „Als eins der erfolgreichsten Mittel zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und zur Herbeiführung des so wünschenswerten guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern haben sich die Tarifverträge erwiesen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden es deshalb als eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben zu betrachten haben, im Benehmen mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter auf das Zustandekommen solcher Tarifvereinbarungen hinzuwirken, welche beide Teile zu befriedigen geeignet erscheinen.“

In der Tat haben denn auch eine Anzahl Gewerbeinspektoren in diesem Sinne gewirkt. Auch das Königreich Württemberg hat bei der Neuordnung des Submissionswesens eine generelle Anerkennung sämtlicher Tarifverträge ausgesprochen.

*) Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes. Leipzig, 1906.

Wie spärlich sind demgegenüber die Tarifanerkennungen einzelner Stadtverwaltungen, die noch dazu nicht allgemein ausgesprochen wurden, sondern sich fast ausschließlich, wie schon angedeutet, auf den Buchdrucker tarif beschränken. Nun könnte man vielleicht einwenden, daß damit zum mindesten das Prinzip anerkannt sei. Doch ist dies leider nicht der Fall. Die Stadtverwaltungen bringen es nicht einmal zur „anständigen Lohnkauf“, wonach ein bestimmter Minimallohn bei allen von der Kommune zu vergebenden Arbeiten zu zahlen ist; ferner zur Bedingung gemacht wird: Festsetzung der Arbeitszeit, Sicherstellung des Lohnes durch Kautions, Ausstattung der Arbeitsplätze, Schutz der Arbeiter bei Weitervergebung vertragsmäßiger Arbeiten und Lieferungen, Anerkennung der Organisation, der Streik Klausel usw. Das Ausland ist uns hierin unendlich voran, besonders England und Frankreich. Bei uns blüht noch das Submissionswesen mit unbegrenzten Auswüchsen. Erst in allerlester Zeit scheint unter dem Einfluß der fortgeschritten sozialdemokratischen Kritik sowie der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen eine allmähliche Besserung einzutreten. So haben die Bauarbeiter, Steinsetzer und Plasterer verschiedentlich Tarifabschlüsse mit einzelnen Stadtgemeinden vollzogen. In Essen wurde von der Spitze der Kommunalbehörde das arbeitswidrige Verhalten der Baumunternehmer energisch bekämpft. Die letzteren wollten eine Ausweitung vornehmen trotz bestehender Tarifverträge. Darauf drohte die Kommune, die Bauten in eigene Regie zu übernehmen, worauf sich die Bauherren zur Nachgiebigkeit beugten. Aus Anlaß der Bauarbeiterausweitung Groß- Berlins im verflossenen Jahr lehnte Berlin natürlich jedwede „Eingemischung“ ab und ließ die städtischen Bauten stillliegen. Hingegen beschloß Mirdorf, die Bauten einfach in eigene Regie zu nehmen, was auch geschah.

Einen wirklichen Tarifvertrag hat unsere Organisation nur mit der Stadt Reichenhall abgeschlossen. Sonst aber findet unser Forderung einwirken noch wenig Gegenliebe. Wohl haben wir mit uns zutreffenden privaten Betrieben, wie Badeanstalten usw., eine Anzahl Tarifverträge vereinbart. Bei den Stadtverwaltungen fehlt anscheinend noch das nötige Verständnis für konstitutionelle Zustände — sobald es sich um die städtischen Arbeiter handelt.

Jedoch soll dabei nicht verkannt werden, daß unsere Situation auch ein wenig anders gelagert ist in dieser Beziehung als die der meisten Organisationen. Zunächst schon die Machtverhältnisse. Trotzdem unser Einfluß fortgesetzt wächst, können wir den Kommunen gegenüber doch äußerst selten als ganz gleichwertiger Machtfaktor auftreten. Schon die öffentliche Gewalt der Gemeindeverwaltungen ermöglicht den Kommunen, an ihren zwar veralteten aber leider noch nicht überlebten absolutistischen Neigungen uns gegenüber festzuhalten.

Ferner ist die Stimmung als Arbeitgeber in den Großstädten durchaus mit den Großindustriellen etwa der Eisenindustrie zu vergleichen, wo gleichfalls noch die Tarifgemeinschaften fehlen, weil die Vorbedingung — eine prozentual stark organisierte Gewerkschaft — hierzu fehlt.

So auch bei uns!

Wir werden den Prozentan der Organisierten noch erheblich steigern müssen, wenn man uns überall (oder doch wenigstens in den Großstädten) als gleichwertig erachten soll. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben.

Aber abgesehen von all dem bisher Gesagten hat sich — namentlich in Süddeutschland — auf der Basis festester Lohnskalen und Lohnsätze in vielen Fällen der bisher geprüfte Weg der mündlichen wie schriftlichen Verhandlungen ganz ausgezeichnet bewährt, und für manche Zitate erscheint die Frage der Tarifgemeinschaft um dessentwillen wenig sprechend, weil sie mit dem jetzigen System der alljährlichen Aufstellung bestimmter Forderungen durchaus zufrieden sind und damit gute Erfolge erzielt haben.

Es muß also die Frage aufgeworfen werden: Sollen wir strotzen auf Durchführung gemeinschaftlich festgesetzter Tarifverträge drängen, oder wird die Arbeit nicht leichter und zweckmäßiger sein, den jetzigen Zustand auszubauen? Mit anderen Worten: Ist das jetzige System des Verbandens durch Arbeiteranschlüsse und Organisationsvertreter besser geeignet, uns zur Anerkennung zu dringen, als Tarifgemeinschaften?

Wir für unseren Teil glauben nicht an die Anerkennung der Gleichberechtigung von uns gewählter Arbeiterausschüsse bei den Verhandlungen. Mögen die Bestimmungen allgemein so fortschrittlich gestaltet werden, wie es unser Programm verlangt — und darüber dürfte noch so manches Jahr vergehen — die Arbeiteranschlüsse sind und bleiben ein Notbehelf. Sie kommen als alleinige Vertretung unserer Organisation immer weniger in Frage.

Reicht die persönliche, man möchte sagen informelle Verhandlung mit dem Organisationsvertreter (mit oder ohne Arbeiteranschuß). Auch hierin können wir eine ideale Lösung nicht erblicken. So notwendig und selbstverständlich es unter den gegenwärtigen Umständen ist, auf die indirekte Anerkennung der Organisation zu dringen, die sich aus solchen Verhandlungen ergibt, so ist doch mit diesen persönlichen oder halbamtlichen Zugeständnissen noch immer kaum die Hälfte von dem erreicht, was wir uns zum Ziel gesetzt haben: Die volle Anerkennung unserer Organisation seitens der Stadtgemeinden.

Es ist geradezu kurios, wie in den größeren Städten Nord und Süddeutschlands unsere Organisationsvertreter willkommen sind, wenn irgendwelche Schwierigkeiten seitens der Arbeiter drohen, man einen Anstand und dergleichen befürchtet und nun vom Organisationsvertreter Vermittelung holt! Aber so haben wir auf die Dauer nicht gewartet! Unsere Organisationsvertreter sind nicht dazu da, fortwährend nur zu „herumhantieren“, nur zu schlichten und zu mildern, ohne auf der anderen Seite den festen Boden der offiziellen Anerkennung der Organisation zu betreten. Braucht man unsere Vermittelung, so soll auch eine festere Unterlage für unsere Verhandlungen gewonnen werden. Und diese festere Unterlage ist unseres Erachtens die Tarifgemeinschaft!

In unserem Programm ist der bezügliche Passus leider nicht so präzis gefaßt, wie es wohl wünschenswert wäre. Es heißt: „Die Löhne der von der Stadt beidseitigen Arbeiter sollen unter Beachtung der gewerkschaftlichen Bedürfnisse zur Abschließung eines Tarifvertrages von den städtischen Kollegien genehmigt und deren Kontrolle unterstellt werden.“ Die direkte Forderung von Tarifverträgen ist also hierin eigentlich nicht ausgesprochen. Und doch müssen wir dieses Ziel direkt auf uns nehmen!

Wie sieht's denn heute aus? An vielen Orten haben wir eben eine Lohnforderung ohne Erfolg durch die Instanzen gejagt und schon folgt eine gleichartige oder auch weitergehende. Mann das agitatorisch wirksam und richtig sein? Vielfach wird zwar gerade zur Entschuldigung angeführt: „Die Kollegen wollen doch sehen, das etwas geschieht! Wenn auch nichts erreicht wird, wir haben wenigstens unsere Schuldigkeit getan.“

Ah, so manches Mal wäre weniger mehr gewesen, d. h., würde planmäßig und weniger häufig eingeleitet mit Forderungen, der Erfolg wäre größer! Bei den vielen Ablehnungen kommt notwendigerweise auch viel Mißmut.

Und hat die gewerkschaftliche Organisation als Agitationsmittel nicht außer den materiellen Vorteilen noch eine ideale Seite: das Prinzip der Solidarität?

Es ist Pflicht jedes Arbeiters, sich zu organisieren, auch wenn er keine materiellen Vorteile von der Organisation hat. Nützen wir die Zeit, die uns verbleibt, wenn wir nicht fortgesetzt fordern, zu prinzipieller Aufklärung. Die ist noch bitter notwendig. Suchen wir jeden Kollegen vor allem davon zu überzeugen, daß die Organisation kein Hindernis ist, das man heute benützt und morgen wegwirft. Stetigkeit und Ausdauer bringen uns dann auch sicher dahin, daß sich die Stadtverwaltungen nicht ewig taub stellen können, uns nicht monatelang ohne Antwort lassen dürfen, wie gegenwärtig nur allzu oft.

Unser energisches Nachhaken nach Vorsehung wird auf diese Weise viel leichter Gehör finden.

Damit werden wir auch reif, als Verhandlungsfaktoren auf gleicher Basis mit den Kommunen zu gelten und die Vorbedingungen zu konstitutionellen Zuständen sind gegeben.

Freilich müssen wir trachten, sobald wir einmal zu weiteren Tarifverträgen kommen, diese so kurzfristig wie möglich zu gestalten. Als Basis des Abchlusses könnten die jetzt bereits größtenteils vorhandenen Lohnsätze angesehen werden, die entsprechend ausgebaut werden müßten.

Es verbleibt noch ein Bedenken. In den meisten bestehenden Tarifverträgen sind die Verpflichtungen der Arbeiterorganisationen ziemlich weitgehender Natur. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, bemerkt der Steinleber-Verband in einer Eingabe an die Stadtverwaltungen: „Im Falle der Zustimmung unseres Gewerkschaftsübernehmens die Unterzeichneten bzw. unsere Gesamtorganisation die Garantie bei denjenigen Firmen, die ... die vereinbarten Bedingungen innehalten, dieselben ebenfalls streng einzuhalten und Ueberschreitungen derselben auf Arbeiterseite in keiner Weise zu unterstützen, im Gegenteil solchen, wo sie verübt werden, mit den Mitteln der Organisation entgegenzutreten.“ Damit glauben wir denn auch dem öffentlichen Interesse einen guten Dienst zu erweisen.“ Auch wir werden bei Tarifverträgen ähnliche oder andere Bedingungen annehmen müssen, während heute bei den Lohnsätzen und ihren Festsetzungen für uns keinerlei Verpflichtungen entstehen. Aber bereits heute haben wir in vereinzelten Fällen, wo auf Grund unserer Bewegung Zugeständnisse gemacht wurden (Hamburg, Straßburg usw.), gewisse Bedingungen angenommen.

Sicher würde es eine weitere Studie organisatorischer Erziehungsarbeit bedürfen, um alle unsere Mitglieder zur strengen Disziplin anzubahnen in Bezug auf die Einhaltung der gemeinschaftlich vereinbarten Bedingungen. Aber daran würde es sicher nicht fehlen.

So mögen wir also die Dinge anbahnen von welcher Seite immer, es eracht ich als Endresultat unserer Betrachtungen: Der Frage der Tarifverträge ist in unseren Reihen mehr Beachtung zu schenken als bisher. Wir müssen trachten, auch diesen Weg für uns dienstbar zu machen und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse überall da Tarifverträge verlangen, wo eine Durchführung in absehbarer Zeit zu erhoffen ist.

andererseits die Möglichkeit, die Kommunen an der Hand des selbstgewonnenen Materials zur besseren Einsicht zu bringen. Wo jedoch schon das Odium vorausgeht, daß man aus anderen Gründen gegen jede Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter ankämpft, da vermögen auch Erhebungen jeder Art, und wenn sie selbst den denkbar besten Beweis bieten, keine Änderungen der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Die Ausführungen einiger Stadtväter, bei denen das Vorstehende sicher zutrifft, seien hierbei erwähnt.

Herr Manasse erklärte kurzweg, daß die Information an Ort und Stelle oder die Enquete gar keinen Wert hätte. Im weiteren seien aber auch die Verhältnisse der Arbeiter gute; es wäre jedenfalls für die Arbeiter vorteilhafter, 12 Stunden auf der Gasanstalt zu sein und nur 8 Stunden zu arbeiten, als 6 Stunden und nur 2 Stunden Pause zu haben. Gemacht, Herr Manasse, mit dieser sozialpolitischen Weisheit werden Sie nicht allzuweit kommen. Vorweg möge erst betont werden, daß von einer sechsständigen Ruhezeit zurzeit keine Rede sein kann. Auf dem Papier ist eine solche wohl verzeichnet, in der Praxis kommt aber ein anderes Resultat heraus. Bei den Arbeitern steht in der Begründung dieser Forderung voran: die in solchen gesundheitsgefährdeten Verufen Beschäftigten dadurch länger arbeitsfähig zu erhalten, daß man versucht, die Arbeitszeit im weitesten Maße zu reduzieren. Nur die genügende, ununterbrochene Ruhezeit in Verbindung mit ausreichender und nahrhafter Kost vermag die Stabilität des Körpers zu erhalten. Für uns ist es klar, daß wenigstens für diesen Herrn es äußerst notwendig ist, sich vorerst einmal an Ort und Stelle von der Leistung der Gasarbeiter zu überzeugen. Hier ist Information schon dringender als Blase. Recht löstlich läßt genannter Herr sich dann noch im weiteren Verlauf der Diskussion aus: „Die Arbeiter hätten ruhig und zufrieden gelebt, bis die Agitation von außen hineingetragen worden sei.“ Es ist uns vollständig erklärlich, worin diese Ausführungen ihren Endeffekt haben sollten. Wäre die Organisation nicht gewesen, und hätte diese nicht hinter den Arbeitern gestanden, dann würden in Stettin noch die Löhne des vorigen Dezenniums gezahlt und man wäre im Stadiparlament leichter mit solchen Angelegenheiten fertig geworden.

Wenn nun aber noch von besagtem Volksvertreter erwähnt wurde, daß die Arbeiter ihre Forderungen bei der vorjährigen Petition hätten mit einreichen sollen, da man dann den Wünschen hätte Rechnung tragen können, so glaubt der Herr wohl, durch seine diesbezüglichen Ausführungen die Arbeiter täuschen zu können? Wir richten daher an Herrn Manasse die Frage: Weshalb ist er denn nicht für Erweiterung der von der Finanzkommission gemachten Vorlage eingetreten?

Auch der ablehnende Standpunkt zum Antrage unserer Genossen, den Lohn für nichtständige Lohnarbeiter auf 2,90 Mk. festzusetzen, sei hier noch einmal angeführt, um zu zeigen, wie inhaltslos die Rede war und wie wenig man in Wirklichkeit für die Arbeiter eintritt. An den Darlegungen, daß die Arbeiter an den Feiertagen nicht zu hungern brauchen, wenn sie mit ihrem Verdienste nur hauszuhalten wissen, wollen wir nicht drehen und deuteln. Sie erscheinen einfach kurios. Zur Information empfehlen wir aber auch hier dem Herrn Manasse einmal eine Probe aufs Exempel zu machen, vielleicht kommt er dann doch zu einer anderen Auffassung. Dem Referenten konnte man es ja vielleicht nicht verdenken, wenn er in der ganzen Debatte energisch gegen die Forderungen Front machte. Kommt er doch in seiner Tätigkeit als Privatmann sonst leicht in die unangenehme Lage, seinen eigenen Arbeitern gleiche Zugeständnisse zu machen. Und wie sehr sich diese Herren „Volksvertreter“ deshalb gegen alles Fortschrittliche wehren, ist auch drastisch darin zum Ausdruck gekommen, daß die Ablehnung der höheren Löhne ihre Begründung fand: „Höhere Arbeitslöhne wirken ungünstig auf die Industrie zurück.“ Wir bedurften ja dieses Eingeständnisses von Stettin nicht mehr. Die Praxis in den Kommunen hat uns schon zur Genüge belehrt, wie man alles hintanhält, um den so schwer belasteten Schlotbaronen usw. nur das Leben noch zu ermöglichen. Und nicht zu verwundern wäre es, wenn man die Initiative ersähe, in den Gemeindebetrieben nur ältere, schwächliche Leute zu beschäftigen, um, wie der pommersche Landwirtschaftstag im Dezember v. J. anführte, damit genügend und billige Kräfte fürs Land zu bekommen. Die Aufgaben der Stadtverwaltungen sind jedoch andere geworden. Die Weiterentwicklung der Großstädte wird sich vollziehen, und mit ihr muß auch auf dem bis jetzt in manchen Städten noch wenig beschrittenen Gebiete vieles geleistet werden — auch wenn man sich noch so sehr dagegen sträubt. Das den Arbeitern so oft in Erwähnung gebrachte „Wohlempfinden“ wird ihnen so lange an Beispielen, wie die vorstehenden, illustriert werden, bis sie sich zu anderer Einsicht bequemen resp. ihre Sessel im Parlament solchen Leuten abgetreten haben, die ein weitgehenderes Verständnis besitzen.

Auch die städtischen Arbeiter Stettins werden angesichts der augenblicklichen Lage in ständiger Weise in richtiger Weise eingeschlagen. Auch für sie gibt es Mittel in ihrem Kampfe, die sie anzuwenden verstehen und die im gegebenen Augenblick nicht versagen werden. Dieselben scharf und kampfbereit zu halten, ist Aufgabe unserer Organisation. Anwendung finden sie, wenn jene Herren durchaus nicht in Frieden zu leben gewillt sind. D. R.

Karl Marx und die Arbeiter. *)

(Zu Marx' fünfundsiebenzigstem Todestag, † 14. März 1883.)

Von Karl Renner, Wien.

Die Buchgelehrten können es nicht fassen, daß Karl Marx, der tiefe Denker, der abstrakte Logiker, der dunkle Lehrer, von dem ungebildeten schlichten Arbeiter erfährt werde, daß der Mann hinter dem Schraubstock in irgendeiner Geistes- oder Gefühlsgeheimnis mit Marx, dem Ueberwinder Dignels und Ricardos, stehen könne. Und die sogenannten „Praktiker“ der Politik, die den Strom der Geschichte zu beherrschen meinen, wenn sie die Schaumblasen seiner Wellen zu erschöpfen suchen, halten wohl dafür, daß die Arbeiter mit Marx zu durchdringen nicht bloß undurchführbar, sondern sogar nachteilig sei, weil das Marx'sche System sie zu weit von der drängenden Aufgabe des Tages abführe. Buchgelehrte und Praktiker dieser Art wissen nicht, was Karl Marx dem Arbeiter ist, was er dem Arbeiter sein muß.

Marx' Schriften buchmäßig zu verstehen, ist schwer, wie aus Naturstoffen chemisch Einwirkend oder gar Prot zu erzeugen. Das einmal erzeugte Prot zu essen ist leicht für jeden, der den Magen dazu hat. Marx' Grundlehren zu erfassen ist für den Arbeiter nicht Vermüdung, sondern Erlösung seines Geistes von der Qual des Hungers und des seelischen Hungers.

Die Menschen beruhigen sich leicht bei dem Jertum wie bei der Wahrheit, soweit Jertum oder Wahrheit mit ihrem äußeren Dasein übereinstimmen. Milliarden Bauern waren durch Jahrhunderte wohl bei dem Glauben, daß jeder Alts eigens aus der Hand eines mächtigen Gottes herabgeschickt werde auf diese sündige Menschheit. Der Hausvater, der über Söhne und Töchter, Knechte und Mägde, Esel und Schinnen die Reiche schenkte, sollte irgendeinen Zweifel an dem blitzglänzenden Himmelsvater hegen? Aristoteles findet, daß der Mensch die Götter nach seinem Ebenbilde sich erschaffe. Seine Bemerkung ist zu eng: Nicht nur die himmlischen, sondern auch die irdischen Herren und Herrlichkeiten erschaffen sie so. Der Hausvater, der Landesvater und der Himmelsvater sind drei Sprossen an derselben Leiter, die ins Paradies führt.

Das ganze Weltbild, das sich die Volksmassen zu einer Zeit machen, ist bloß das erweiterte Bild ihres engen wirtschaftlichen Daseins mit allen Freuden und Ängsten, mit aller Furcht und Hoffnung. Und solange sie in der gleichen Lage verharren, haben sie keinen Anlaß, an der Wirklichkeit und Richtigkeit dieses Weltbildes zu zweifeln.

Der Arbeiter, der mit mir sein Verhältnis zu Marx nun prüfen will, denke zurück an seinen Vater, an seine Großväter und Ahnen, soweit er von ihnen gehört — er wird auf Männer stoßen, die nicht Fabrikarbeiter oder Gehilfen, nicht Proletarier waren, sondern Hausväter: Bauern, Handwerker oder Kaufleute, die im eigenen Hause saßen und dort über Kinder und Helfer ein strenges Regime führten. Man sagte zu Vater und Mutter nicht „Du“, denn sie waren Oberrichten, die höchsten neben Gott und dem Kaiser. Man arbeitete im eigenen Hause, auf eigenem Grunde, für sich und seine Familie. Pflanzte der Hausvater einen Birnbaum beim Brunnen im Hof, so dachte er an den Enkel, der in dessen Schatten sitzen und von diesem Baume essen sollte. Man war Sohn des Hauses, um selbst Hausvater zu werden und Söhne zu zeugen. Was man als Sohn arbeitete und schuf, tat man, weil man es als Hausvater selbst nutzen konnte. Alles hatte bestimmten Sinn und Zweck, jedermanns Bestimmung war klar. Und das Verzeiwungswort „Ich weiß nicht, wogu ich auf der Welt bin!“ war selten gehört und galt als frevelhaft. Nichts schien selbstverständlicher, als — woher wir kommen und wohin wir gehen. „Wir sind gekommen vom Vater — einerlei, ob man den himmlischen oder irdischen vor Augen hat —, werden Väter und lehren wieder ihrem zum Vater, von wannen wir gekommen sind“ — so wohl in das Elterngrab wie in das Paradies. Und auf diesem Lebenswege genoh der Mensch manches Glück, erlitt er manches Leid, aber er lebte, lebte für sich, sein eigenes Leben, in einem Verstande lieber und teurer Menschen, er war Mensch.

Aber da kam in die Welt magisches Erbeben und warf unsere Ahnen und Großväter von Haus und Hof auf die Straße. Ein Mensch auf der Straße — das ist sinnlos! Mann er denn vom Straßenstaube leben? Wie soll er auf dem Schotterhaufen den Hausvater spielen? Ist das ein Haus? Und wenn er hier in Straßengraben verfaßt, wie findet er zu seinem Vater heim ins Grab? Die Proletarisierung machte mit einemmal alles sinnlos, was durch Jahraufbau einen falschen, aber doch einen guten Sinn gehabt hatte. Ein Mensch, der auf der Straße irrt, woher kommt

*) Die wissenschaftliche Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie „Der Kampf“ stellte uns freundlichst diesen überaus lehrreichen Artikel zur Verfügung. Er ist dem Märzheft der Zeitschrift entnommen.

Zur Lage der städtischen Arbeiter in Mülheim a. Rh.

Die Lage der städtischen Arbeiter im allgemeinen kann nicht als eine rosige bezeichnet werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß in den letzten Jahren von verschiedenen Stadtverwaltungen schon einiges geschehen ist, die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern. Daselbe ist jedoch von der Mülheimer Stadtverwaltung nicht zu berichten. Das Gegenteil könnte eher behauptet werden. Davon legen Löhne und Arbeitszeit in den städtischen Betrieben berechnetes Zeugnis ab.

Wir lassen hier einige Proben folgen: In der Gasfabrik erhalten die Stöcher für eine zwölfstündige Schicht 4,50 Mk., also pro Stunde 37½ Pf., die Kohlenfahrer für eine zwölfstündige Schicht 3,60 Mk. oder 30 Pf. pro Stunde, die Spisarbeiter für eine zehn-stündige Schicht 3,50 Mk. oder 35 Pf. pro Stunde.

Am Hafen erhalten die Verstorbeiter 3,50 Mk. pro Tag bei zehnstündiger Arbeitszeit. Am Fuhrpark erhalten die Fuhrleute 3,75 Mk.

Vergleicht man diese Löhne mit denen, die im benachbarten Köln für die gleiche Arbeit bei durchweg kürzerer Arbeitszeit gezahlt werden, so muß man sich fragen: Wie kommt es, daß für derartige Löhne überhaupt noch Arbeiter zu haben sind? Dabei sei bemerkt, daß der Lebensunterhalt in Mülheim nicht billiger ist als in Köln.

Selbstverständlich ist unter diesen Umständen die Fluktuation in den einzelnen Betrieben eine große. Kommt z. B. heute ein Arbeiter in die Gasfabrik, so sieht er sich morgen schon wieder nach einer neuen Beschäftigung um. Der Herr Direktor scheint jedenfalls die Ursachen dieser Wanderlust nicht zu kennen, denn er läßt die Ausstretenden jedesmal fragen, ob sie vielleicht von irgendjemandem „aufgeholt“ worden seien.

Ein weiterer Beweis von dem wenig sozialen Geist der Mülheimer Stadtverwaltung ist die „Arbeitsordnung“. Dieselbe besteht seit dem Jahre 1892. Wer nun aber glaubt, daß die Arbeitsordnung wirklich derart sei, daß sie heute noch den Ansprüchen der Arbeiter genüge, dem sei gesagt, daß sie das nie gemacht hat. Sie enthält den Abdruck einiger Paragraphen aus der Gewerbeordnung, die nur von den Pflichten der Arbeiter handeln.

Zuschlag für Überstunden, Auszahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld, Sommerurlaub unter Fortzahlung

er? wohin geht er? Niemand weiß es, ja er selbst nicht. Wer seine Selbstbestimmung, ja seine objektive Bestimmtheit verloren hat, ist kein Mensch mehr, er ist eher ein Stein des Anstoßes, ein Vergerniß. Und Tausende haben sich im Straßenaraben die Frage gestellt: Wozu bin ich auf der Welt? und haben sie mit praktischer Selbstverneinung beantwortet.

Von der Strafe las den Proletarier der Kapitalist auf und gab in der Habsicht seinem Leben wieder eine Bestimmung: „Arbeits für mich!“ Nun stand es mit ihm schlechter als vorher mit dem Bestimmungslösen: Nicht für sich selbst arbeiten, das, was man erzeugt, das Wert der Hände, nicht selbst besitzen, noch seinen Lebenserben hinterlassen, sondern ganz dem anderen, dem Fremden ausliefern, das war wider alle hergebrachte Ordnung, das hieß seine eigene Persönlichkeit auslöschen, sich selbst zum Mittel, zum Werkzeug eines anderen, noch dazu Feindseligen machen. Der schmale Lohn für eine endlose Arbeitszeit reichte eben noch hin, Hustel und Nerven zu erhalten, nicht aber dem Leben irgendeine Freude zuerkennen. Er ist kein Familienlohn — auch heute noch nicht — er gestattet nicht, ein Weib zu erhalten und Kinder für sich aufzuziehen.

So blieb dem Proletarier anfangs nur eine Freude, die Arbeit. Der technische und physiologische Prozeß der Arbeit erquickte ja unter normalen Umständen den Verstand und den Körper. Und in jenen Zeiten war die Arbeit eine mühsam erlernte, hohe Kunst des Individuums und also Macht gegenüber dem Herrn. Anschaulich hat Marx geschildert, wie der junge Kapitalist den Mühlereistolz der Arbeiter brach: er, der über ganze Arbeitertruppe verfügte, zerlegte jede Arbeit durch die sogenannte Arbeitsteilung, in einfache, immer glückliche Hand- und Fußbewegungen. Durch die ursprüngliche Proletarisierung hatte die Entmenschung sozial begonnen, nun wurde sie technisch fortgeführt: der Arbeiter ist in der Mann-faktur nur mehr ein Motor, eine Maschine. Der einzelne erzeugt nun überhaupt nichts mehr ganz, er sieht sein Werk nicht mehr und was er als einzelner vollbringt, ist nichts anderes als groteske, verstandlose Verbewegung. Für ihn selbst sinnlos ist also das Letzte, was ihm geblieben — seine Arbeit.

Sollte noch eine tiefere Demütigung des Menschen denkbar sein, also daß er für selbst etwas zu sein aufgehört hat? Aber noch ist er wenigstens für den, der sich an ihm bereichert, um so notwendig, je mehr der sich bereichern will. Ist er schon nicht mehr Mensch, so hat er doch noch Wert als Motor, als Maschine.

des Lohnes, Ruhegeld usw. kennt man in der Mülheimer Stadtverwaltung nicht.

Die Arbeiter haben bereits die richtige Ruhanwendung aus dem arbeiterunfreundlichen Wesen der Stadtverwaltung gezogen. Sie haben gesehen, daß die Verwaltung nicht freiwillig ihre Löhne erhöht und ihre Arbeitszeit verkürzt. Auch bitten und betteln wollen sie nicht. Gemeinsam mit ihren Arbeitsbrüdern in den anderen Städten wollen sie um ihr Recht kämpfen. Deshalb haben sie sich der gemeinsamen Organisation, dem Gemeindegewerksverband, angeschlossen. Dieser allein ist in der Lage, ihre Interessen nach allen Seiten hin energisch zu vertreten.

S. R.

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. (Egal. Gasanstalt.) Ueber: „Die Ausbeutung der Arbeiter im Gaswerk Oberspree und die daraus entstehenden Gefahren für die Gasverbraucher“ sprach am 4. d. M. in einer vom Gewerkschaftsrat einberufenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung Kollege Polenske. Die Versammlung fand im Wilhelmshof statt und war in derselben auch das Bürgerturn stark vertreten. Wie der Referent ausführte, mehren sich von Tag zu Tag die Klagen über die Mängel der Gasbeleuchtung. Das Gaswerk Oberspree ist eine Tochtergesellschaft der Imperial-Continental-Gas-Affoziation in Berlin und versorgt die Orte Oberschöneweide, Johannisthal, Adlershof, Karlshorst und Friedrichsfelde mit Gas. Bedauerlich sei es, daß infolge der Kürzlichkeit der Gemeindevertretungen obiger Orte das Monopol der Gaslieferung dem Privatkapital ausgeliefert sei. Abgesehen von den vielen Klagen über schlechtes Licht, auf die die Gesellschaft aber gar nicht reagiert, haben sich die Gemeinden einer wichtigen Einnahmequelle begeben. Redner nimmt an, daß z. B. Oberschöneweide bei eigener Regie einen Gewinn von mindestens 80 000 Mk. jährlich aus dem Gaswerk ziehen würde. Ein weiteres wichtiges Moment bildet bei eigener Regie die Arbeitsfrage. Bei einer Gemeindeverwaltung, und sei sie noch so rückständig, wird und muß das soziale Moment mehr in den Vordergrund treten. Gerade nach dieser Richtung hin verlagert aber das Gaswerk Oberspree vollständig. Es werden Leistungen und Anforderungen an die Arbeiter gestellt, die schwere Schädigungen und Gefahren für die Gasabnehmer wie die gesamte Einwohnerschaft in sich bergen. Um ein rechtgedachtes Funktionieren des Gasmessers und Automaten zu bewirken, werden die Gasmesser von sogenannten Kontrollanten in bestimmten Zwischenräumen reguliert. Eine gedruckte Arbeits-

Da traf ihn der schwerste Schlag: die Arbeitsteilung hatte aus Menschen Maschinen gemacht, nun war es dem Techniker leicht, Maschinen aus Eisen zu erfinden und die Menschen zu ersetzen! Nun regierte der mächtige Dampf mit seinem stählernen Marschallstab, den Spinnmaschinen und Webstühlen, den Eisenhämern und allen Verwandten. Und wie heißt es von ihnen im Sprachgebrauch? „Die Maschine arbeitet und der Mensch bedient sie.“ Nun dient der Mensch nicht mehr dem Menschen, der doch immer ein Herz im Leibe hat und wäre es von Stein. Der Mensch dient der Sache: der Messel ruft durch den Pfiff, die Maschinen gehen an, für hundert zugleich. Sie fragen nicht und antworten nicht. Kein guter Morgen, kein Mid. Selbst der blutige Thron hält inne oder verfährt langsamer, wenn sein Sklave ohnmächtig wird, wenn ihm offensichtlich die Sinne vergehen. Die Maschine hat ihren Takt und wehe, wenn Tu eine Sekunde schwankst — sie kann Dich zermalmen.

Nun ist der, von dem es hieß, er sei von dem himmlischen Vater gekommen, ein Sohn Gottes, nicht bloß Diener eines Bruders, sondern Sklave eines Dingens. Und dieses Ding ist — Kapital und das Kapital ist heilig. So verbunden es rings die bürgerlichen Oekonomen. Aber, wenn schon das Individuum nicht nur für sich sinnlos, sondern geradezu widerständig geworden ist, vielleicht liegt die wahre Sentenz des Lebens in dem Zusammenstoß mit den anderen? War doch in der vorhergehenden Menschheitsperiode der einzelne auch erst begrifflich geworden im Zusammenschluß der Familie, in der Gemeinde, im Staate.

Aber das Kapital zerstörte die Familie durch das Entlohnungssystem von Anfang an, es stellte sie auf den Kopf, seitdem es die Form der Maschine annahm: sie ersetzte die Arbeit des Vaters durch die der Mutter, die Arbeit der Eltern durch die der Kinder. Was der Sohn den Eltern tut, das nimmt er als Erbe nicht zurück, was der Vater schafft, fällt nicht den Kindern als Erbe, sondern dem Fabrikanten als Profit zu. Nicht selten wird der Mann der Ausbeuter seiner Frau, werden Eltern die Ausbeuter der Kinder. Was Segen war, wird zum Fluch. Im Familienverband liegt also irgendein Sinn dieses Daseins nicht mehr.

Vielleicht also im Kreise der Nächsten? Die Ortsgemeinde hat vordem für alle Angehörigen ein Stück ihres Seins ausgemacht. Diefelben Familien, verschwägert und verwandelt durch Generationen, bilden die Stadt oder das Dorf, und der Nachbar ist der „Nächste“, den man nach der Bibel liebt. (Fortf. folgt.)

ordnung weist besonders darauf hin, daß bei ständiger Arbeit Explosionsgefahr entstehen kann. Von diesen Leuten, die eine große Verantwortung tragen, verlangt die Verwaltung nun plötzlich eine Arbeitsleistung bis zu 33 Proz. So wurde z. B. verlangt, daß in Friedrichsfelde anstatt 60, in Zukunft 80 Revisionen pro Tag vorgenommen werden sollen. Im Weigerungsfalle wurde den Kontrollleuten mit Entlassung gedroht. Auf die Vorstellung des Arbeiterausschusses, daß es nach den Dienstvorschriften unmöglich sei, diese Zahl Revisionen vorzunehmen, erklärte der Betriebsleiter Herr Prinz: „Es kommt nicht darauf an, wie gearbeitet wird, die Hauptsache ist die Zahl!“ Diese Auffassung des Betriebsleiters ist geradezu ungeheuerlich und birgt die schwersten Gefahren für Leben und Gesundheit der Gasabnehmer in sich. Es wurde nun seitens unserer Organisation versucht, eine Einigung herbeizuführen. Der Versuch scheiterte an dem Herrenstandpunkt des Betriebsleiters Prinz, der plötzlich erklärte, nachdem er die Verhandlungen mehrere Tage hingezogen hatte, in dieser Angelegenheit mit fremden Leuten nicht verhandeln zu können. Prompt erfolgte die Entlassung von vier Arbeitern, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, durch die von Herrn Prinz gewünschte ständige Arbeit Leben und Gesundheit der Einwohner auf das Spiel zu setzen. Ein Versuch des Gemeindevorstehers Gen. Grunow, Verhandlungen anzubahnen, scheiterte ebenfalls an dem ablehnenden Verhalten der Betriebsleitung. Interessant allerdings ist es, daß nachdem die Arbeiter entlassen waren, die Forderungen auf Arbeitsleistung bedeutend ermäßigt wurden. Ein Beamter des Gaswerks versuchte die Handlungsweise der Verwaltung zu rechtfertigen, mußte aber selbst zugeben, daß bei den geforderten Leistungen es nicht möglich sei, die Revisionen korrekt auszuführen. Er glaube dies damit plausibel machen zu können, daß er erklärte, die Vorschriften seien dazu da, um nicht gebrochen zu werden! — In der äußerst regen Diskussion wandten sich besonders die Gen. Lewefow, Ruth und Heerenbeck gegen die Praktiken der Verwaltung. Es wurde erklärt, daß in Oberschöneweide, wo die Arbeitergesellschaft einen hohen Prozentsatz der Gasabnehmer bilde, kein Platz für derartige Herrenmanieren sei. Die Bevölkerung würde es sich nicht gefallen lassen, daß Leben und Gesundheit hier so leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werde. Wenn die Verwaltung in dieser Weise fortfährt, werde ernstlich erwogen werden müssen, ob die Bevölkerung unter diesen Umständen nicht auf die Lieferung von Gas verzichtet und die Gasmesser und Automaten der Gesellschaft zur Verfügung stellen soll. Die nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die am 4. März 1908 im „Wohlfahrtsheim“, Oberschöneweide, tagende Versammlung der Gasabnehmer und Einwohner von Oberschöneweide, Johannishof, Adlershof, Karlshof und Friedrichsfelde spricht ihr Bedauern aus über die Entlassung von vier Gaskontrolleuren durch die Direktion des Gaswerks Oberspre. Sie protestiert besonders gegen die Gründe der Entlassung, weil das Verlangen einer Arbeitsleistung der Arbeiter bis zu 33 Proz. nicht den Interessen der Konsumanten entspricht. Ein der Öffentlichkeit dienendes Institut muß unbedingte bei Gestaltung der Arbeitsbedingung darauf Rücksicht nehmen. Ganz besonders verurteilt die Versammlung die Äußerung des Betriebsleiters Prinz, daß bei der verlangten Arbeitsleistung es nicht darauf ankomme, die Arbeit korrekt auszuführen. Derartige Praktiken bedeuten eine schwere Schädigung und eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Einwohner. Die Versammlung erwartet, daß die Direktion in Zukunft mehr den Anschauungen und Bedürfnissen der Einwohnererschaft Rechnung trägt.“ — Zum Schluß wies Gen. Ruth auf die bevorstehenden Gemeindevahlen hin. Er forderte zu reger Beteiligung auf und zum Eintreten für die Kandidaten der Sozialdemokratie. Wenn die Vertreter der Sozialdemokratie in genügender Anzahl in den Gemeindevahlmännern sitzen, werde es möglich sein, Zustände wie die oben gekennzeichneten zu beseitigen.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. (Parlarbeiter.) Am 20. Februar fand bei Walsdorf, Jüdenstr. 55, eine Versammlung statt. Der Arbeiterausschuss berichtete über die letzte Besprechung mit dem Leuten der Stadtverwaltung, Herrn Bürgermeister Meide. Die erste Forderung: „Gewährung einer Mitternachtszulage“ gestillt dem Herrn Bürgermeister absolut nicht. Fragt man nach der Ursache, so mögen die eigenen Worte des Leutenen Aufschluß geben. Er sagte ungefähr: „Kommen Sie mir bloß nicht mit Sätzen, die Geld kosten, ich habe wegen der Lohnstake schon Kaden schlage genug gehabt.“ Zuletzt sagte er zu, nähere Informationen einzuholen und die Sache anzugehen. — Die Angabe von Mühen und Kelerinen an sämtliche Wähler soll laut Verschied zum 1. April 1908 geregelt werden. Ferner sollen auf 14 Plätzen Unterkunftsräume bewilligt werden. — 3. Bei eventuellem Todesfall sind sechs Träger zu bewilligen. Gegenwärtig sind zwei Arbeiter als sogenannte Repräsentanten bei jeder Beerdigung anwesend. Wir verlangen jedoch keine Repräsentanten, sondern sechs Arbeiter, welche die Leiche zur Gruft tragen, um eben der Angehörigen die Trägerkosten zu ersparen. Es ist wohlwollende Erwägung zugesagt. — 4. Anfrage wegen der Beamtigen

Zulage der Nachtwächter. Ueber diesen Punkt ist eigentlich nichts zu berichten. Die Nachtwächter haben dem Anschein nach die Murre richtig in den Dred geblasen, sind überhaupt wohl sehr indifferent, und ist es denn selbstverständlicherweise kein Wunder, wenn der Arbeiterausschuss auch nicht recht was machen kann. — 5. Wegfall der Abzüge bei verkürzter Arbeitszeit und Einführung der Wochensöhne. Der Ausschuss bekam die alten Medensarten zu hören. Also schon wieder mal nichts. — 6. Unterbrechung des Sommerurlaubs. Antwort: Wer von jetzt ab nicht länger als 13 Wochen ausreisen muß, erhält seinen Urlaub, also wenn er durchgearbeitet hätte. — 7. Erhöhte Vergütung der Sonntags-, Nacht- und Heberarbeit. — 8. Wie denkt sich der Bürgermeister die Einführung des Gärtnerausschusses in Gemeinschaft mit dem Arbeiterausschuss? Die stehende und achte sowohl wie auch andere Forderungen brachten eine wertvolle Klärung. Später werden wir auf einzelne Sachen noch näher eingehen und zeigen, wie nötig gerade in diesem Betriebe eine feste Organisation ist, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

Berlin. Die Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes hielten am 1. März eine gut besuchte Betriebsversammlung ab. Stollge Hoffmann referierte über: „Warum organisieren wir uns?“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Es wurden in der darauf folgenden Diskussion Anträge gestellt, welche der zuständigen Deputation unterbreitet werden sollen.

Hamburg. (Staatskaiarbeiter.) In der Mitglieder-versammlung vom 20. Februar im Gewerkschaftshaus referierte Stollge Hoffmann über: „Wann kommt der Reinstufentag?“ Er führte u. a. aus, daß eine unserer wichtigsten Forderungen, welche wir im Vorjahr gemeinsam mit den übrigen Staatsarbeitern stellten, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden war. Die Verhandlungen, welche diesen Fragen von Seiten der Stadtverwaltung zuteil wurde, ist genügend bekannt. Die Stempelung sich hiermit zu gleicher Zeit als die rückständige Verwaltung. Während alle anderen Verwaltungen ihren Arbeitern eine Antwort zu teil werden ließen, hielt die Stadtverwaltung es für zweckmäßig, die Lohnkommission zu maßregeln und, nicht zufrieden damit, sie auch noch in ihrem ferneren Fortkommen zu hindern, indem sie ihnen den Zutritt zu den Kassenanlagen verbot und das Zeugnis zu entziehen, daß jeder die Entlassenen für Trunkenbolde, Mordbrandstifter oder gar für Spione halten konnte. Der Direktor nannte die Forderungen unerfüllbar und meinte, sie seien nur zu kapitalistischen Zwecken aufgestellt. Die Arbeiter werden immer mehr an die Peripherie und darüber hinaus gedrängt. Die Arbeitsgelegenheit der Staatskaiarbeiter bleibt an derselben Stelle. Die Arbeiter müssen nun bedeutend länger auf den Weinen sein, um zur Arbeitsstelle und wieder nach Hause zu kommen. Der Arbeitsstag wird dadurch um ein Bedeutendes verlängert, oft um 2 bis 3 Stunden, dazu kommt noch die häufige Heberarbeitszeit. Der Arbeiter kann sich seiner Familie nicht mehr widmen, er muß auf alles verzichten was Natur, Kunst und Wissenschaft dem Menschen zur Erholung, zur Unterhaltung und Fortbildung bieten. Nach aus sanitären Gründen müssen wir immer wieder unseren Ruf nach Verkürzung der Arbeitszeit erschallen lassen. Betriebsrationalität betrachtet, spricht alles für und nichts gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verwaltung selber hat, darüber bestatet, auch nur den Kostenpunkt angeführt. Der kann aber in diesem Falle keine Rolle spielen. Was in preussischen und in anderen Staatsbetrieben möglich ist, muß auch bei uns geben. Nach reger Diskussion im Sinne vorstehender Ausführungen gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 27. Februar 1908 im Gewerkschaftshaus versammelten Arbeiter der Staatskaiverwaltung beschließen, da die früher bereits mehrmals geforderte Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht vorgenommen worden ist, bei der Deputation für Handel und Schifffahrt zu beantragen, daß der Reinstufentag alsbald eingeführt werde. Die Verkürzung der regulären Arbeitszeit wird mit der zunehmenden Anwesenheit des Hafen- und Stadtbereichs immer notwendiger. Den wenigsten Arbeitern ist es möglich, in der Nähe der Kassenanlagen zu wohnen. Auch die hohen Mietpreise im Innern der Stadt drängen die Arbeiter immer weiter in die Vororte. Die Niederlegung aller Stadteile bezeugt diesen Prozeß. Außerdem sprechen die in früheren Eingaben wiederholt angeführten Gründe sanitärer Natur für unseren Antrag. Mit Rücksicht auf die im vorigen Jahr von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Vorregulierung solcher Arbeiter, welche Eingaben auf dem instanzgemäßen Wege zur Vorlage brachten, beschließt die heutige Versammlung, den Instanzenweg nicht erst zu beschreiten, sondern sie beauftragt die Leitung der Sektion der Staatskaiarbeiter (Staatskaiarbeiterverband), die verhängende Forderung bei der zuständigen Deputation, eventuell auch bei einem hohen Senat, zu vertreten.“ — Nach Erledigung einiger Interna und einem Hinweis auf das am 15. März im Holtenburgsorter „Tivoli“ stattfindende Vergnügen trat Schluß der gut besuchten Versammlung ein.

Rundschau.

Aus dem Reichstage. Fast den ganzen Monat Februar füllten die Etatsberatungen im Deutschen Reichstag. Wie üblich waren ganz besonders beim Militär-, Post- und Justizetat Mißstände zur Sprache gebracht worden, die in leider allzu großer Fülle immer wieder hervortreten. Als diesmal die sozialdemokratischen Vertreter beim Militäretat zunächst mit den „Einzelfällen“ zurückhielten, triumphierte bereits ein konservativer Redner: Diesmal sei alles in schönster Ordnung! Aber, o weh! Als daraufhin die zahlreichen und typischen Fälle von Soldatenmißhandlungen und eigenartiger Militärgerichtsbarkeit zur Sprache gebracht wurden! Mehr denn je muß also diesem System juleibegangen werden. Beim Postetat brachte Singer (Soz.) die Verden der Unterbeamten zum berechtigten Ausdruck. Natürlich wußten die Konservativen weiter nichts zu antworten, als daß sie während der Etatsberatung die Unterbeamten durch die nicht gedacht werden. Aber auch Herr Eichhoff (Freis.) erklärte, daß die Reichsbeamten ein Koalitionsrecht der Beamten, das zum Streik führt, nicht anerkennen. Wir haben es ja noch weit bis zum nächsten Wahltage, da vergißt man es vielleicht! — Am 25. Februar wurden eine Anzahl Resolutionen zum Justizetat eingebracht. Das Recht der Zeugnisverweigerung für alle an der Verfolgung einer Zeitung beteiligte Personen (Antrag Albrecht (Soz.)) wird abgelehnt. Den Schöffen und Geschworenen sollen Reisefrühen und Tagelöhner gewährt werden. Ebenso wird ein Antrag Jund (nat.) und Pompej (Zentr.) auf rechtliche Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften angenommen. — Am 7. und 28. Februar erfolgte die erste Beratung des Gesellschafts- u. b. r. Abänderung der Gewerbeordnung. Die neue Novelle sieht eine außerordentliche Fassung der Bestimmungen über die Ausfertigung von Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter und eine Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln vor, ferner Abänderungen der Bestimmungen über die Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen, sowie Erweiterungen der Ermächtigung des Bundesrats zur Bekämpfung der aus den übermäßigen Arbeitszeiten herrührenden Gefahren. Weiter enthält er Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Wermeister, Techniker usw., ferner Bestimmungen über die Verabreichung der eifendigen Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen auf eine zehnstündige Dauer und Vorschriften über die Einführung einer eifendigen ununterbrochenen Nachruhe für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Schließlich werden die Arbeitsverhältnisse in der Hausarbeit geregelt. — Hierzu übte der Abg. Kollmann (Soz.) in zweistündiger Rede eine greifung und scharfe Kritik, die durch eine Fülle von Material besonders eindrucksvoll gestaltet war. Redner trat für achtstündige Maximalarbeitszeit in gefährdeten Betrieben ein und forderte, daß die Eisenbahnbetriebsverhältnisse klipp und klar der Gewerbeordnung unterstellt werden. — Am 2. März wurden diese Beratungen fortgesetzt. Kaumann (Freis. Vereinig.) sprach viel über die Schäden der Weimindustrie, ohne zu positiven Vorschlägen zu kommen, es sei denn, man bezeichne seinen frommen Wunsch als solchen, wonach man billig in der Weimindustrie herabgesetzte Waren nicht kaufen soll. Ausführlich wies noch Stadthagen (Soz.) auf die Ausbeutung der Heimarbeiter und den diesbezüglichen Entwurf der Sozialdemokratie hin, welcher Abschaffung der Heimarbeiter, Lohnminimum usw. verlangt. — Große sozialpolitische Debatten entwickelten sich am 3. März beim Etat des Reichsamts des Innern. Die Sozialdemokratie hat dazu fünf Resolutionen gestellt, die sich auf den Arbeiterstand des Baugewerbes, Glashütten, Holz- und Futtermittel, Kleidergewerbe und Knappschneiderei beziehen. Die fünfte Resolution verlangt einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung aller Arbeits- und Dienstverhältnisse, in der Art, daß Zeit, Dauer und Art der Arbeit so geregelt werden, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Ehrlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf geistliche Gleichberechtigung fordern; ferner soll der verlangte Entwurf die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Renten- und Mutterkinderversicherung ausbauen. Abg. Robert Schmidt (Soz.) entwarf ein Bild der heutigen Sozialpolitik, die dem Arbeiter fortgesetzt Rechte zu entziehen bestrebt ist. Er zeigte die bestehende Arbeitslosigkeit und forderte eine großzügige Sozialreform an der Hand der gestellten Forderungen. Herr Gamp (Reichspartei) gab am folgenden Tage u. a. folgende „Beobachtung“ zum besten: „Der Abg. Schmidt verlangte eine Aufzählung für Arbeitslose. Auf dem Lande brauchen wir eine solche Aufzählung nicht, weil wir dort keine Arbeitslosen haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ich will zu Ihnen nicht sagen: Schicken Sie die Arbeiter aufs Land, denn vor den Arbeitern, die Sie schicken würden, habe ich Angst, aber die verlässlichen Arbeiter sollten aufs Land kommen. Herr Schmidt klagte über die Arbeitgeberorganisationen. Aber diese sind doch mit uns Leben genau als ein Akt der Notwehr gegen unverdächtige Streiks.“ — Lämmer geht's nimmer! Die beiden folgenden Tage brachten die Fortsetzung dieser sozialpolitischen Debatten. Eine Fülle von Anklagematerial brachte noch Abg. Doh (Soz.) bei, der die Regierung als einen „Anschluß der

Besitzenden“ kennzeichnete. Nach einer Erwiderung des Ministers v. Bethmann-Hollweg hielt Herr Rugdau (Freis. Volksp.) zum hundertstenmal seine bekannte Rede gegen die Krankenkassenverwaltungen. Als der Trachtentöter sich wieder einen neuen „Fall“ aus den Fingern zog, wurde er durch den Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Namen nennen!“ arg in Verlegenheit gesetzt. Er erklärte wörtlich: „Ich habe den Fall nur konstatiert!“ — Mit dieser launigen Konstitution und einer Förderung des Antisemitismus Schad für die Bildung einer sozialpolitischen Kommission im Reichstag wurde die Debatte auf Dienstag, den 10. März, verlagert. Wahrscheinlich erhofft Herr Schad eine Kommission, wie sie unsere Hamburger Kollegen zu bewundern seit Jahren Gelegenheit haben!

Der vierte allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands wird zum 11. und 12. Mai d. J. nach Berlin (Germania-Versitätsk., Chauffeurstr. 110), einberufen. Als Tagesordnung sind vorgesehen zwei Referate über: „Die Bestimmungen zur Reform der Arbeiterversicherung“ (Referent: Arbeitersekretär G. Bauer-Berlin) und über: „Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Befähigung“ (Referent: A. Mohr-Berlin). Die Einladung zum Kongress, die von der Zentrale für das Deutsche Krankenkassenwesen (Berlin) erfolgt, ergreift an alle Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs-, Knappschneiderei- und freie Hilfskassen Deutschlands. Anträge zu dem Kongress sind bis zum 1. April d. J. an Herrn E. Simonowitsch, Berlin SO. 16, Engelauer 15, einzusenden.

Versammlungen einer Betriebskrankenkasse sind nicht anmeldepflichtig. Vor dem Schöffengericht in Bernau hatte sich kürzlich Kollege Polenski-Berlin wegen Übertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Das Vergehen wurde in folgendem gefunden: Am 1. Dezember v. J. berief der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Mitglieder der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin, Abteilung 18, zur Besprechung der bevorstehenden Delegiertenwahlen nach dem Bahnhoferrestaurant Groß in Rud. Die Tagesordnung lautete: Die bevorstehenden Delegiertenwahlen und Aufstellung von neuen Delegierten. Kaum hatte die Besprechung begonnen, als ein Polizeigerant erschien und die Versammlung als nicht polizeilich angemeldet auflosste. Polenski erhielt eine Anklage, weil er eine Versammlung einberufen hatte, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten ohne vorherige polizeiliche Anzeige. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Bernau betonte der Polizeigerant, daß seiner Ansicht nach alle auf das Krankenkassenwesen bezüglichen Angelegenheiten als soziale öffentliche angesehen seien, was der Angeklagte entschieden bestritt. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, legte ein vor kurzem gegen den Betriebsleiter des Metallarbeiterverbandes, den Genossen Schlegel in Prieslau, ergangenes Urteil vor, in welchem das Kammergericht ausgeführt hat, daß öffentliche Angelegenheiten nur solche sind, welche unmittelbar das Gemeinwesen und das öffentliche Interesse betreffen. Dies sei aber nicht der Fall, wenn es sich um Wahlen der 3. W. in Verwaltungsgestalten einer Gewerkschaft tätigen Personen handle, sofern etwa nicht hierbei irgendwelche das Gemeinwesen betreffende Fragen zur Sprache kämen. Der Verteidiger führte aus, daß die Wahlen der Delegierten im vorliegenden Falle eine rein interne, die Mitglieder der Betriebskrankenkasse angehende Angelegenheit sei. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach den Angeklagten frei!

Ein „Anstandsverein“ städtischer Arbeiter. Wie der „Rauhhaushalt“ mitteilt, bezahlt die Stadt Landau schlechte Löhne und hat nicht einmal Rauhhaushalten eingezeichnet. Wie es aber dort zum Teil noch in den Köpfen unserer Kollegen aussieht, zeigt wohl am besten nachstehendes Rundschreiben:

Landau den 13. Februar 08.

Der Provisorische Ausschuss der Städtischen Arbeiter hat sich in einer Versammlung geeinigt, einen Städtischen Arbeiterverein ins Leben zu rufen, der den Zweck haben soll jedes unanständige Verhalten zwischen Städtischen Bediensteten und Arbeiter vollständig auszuschließen. Wir veranlassen deshalb einen Aufruf an sämtliche Arbeiter die mit unserem Vorschlag einverstanden sind sich zu unterzeichnen, um ESTATENGENÜß darüber zu sprechen, wie wir es durch ein einmütiges Vorgehen von Gerechtigkeit beider Seite.

Der Provisorische Ausschuss
(folgen elf Unterschriften).

Also ein sogenannter Anstandsverein soll es sein. Gerechtigkeit beider Seite ist doch nicht etwa so aufzufassen, daß die gezahlten Tagelöhne von 1,70 Mk. bis 2,50 Mk. als gerechte Löhne zu betrachten sind. Wenn der „Provisorische“ Ausschuss aber der Meinung ist, daß dieser „gerechte“ Lohn hinreichend sei, wie kommt es denn, daß ein großer Teil der bei der Stadt Beschäftigten Armenunterstützung bezieht?

Verbandsteil.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Verbandsvorstand und Verbandsauschuß haben beschlossen, mit 1. April d. J. die Gauen Kiel-Lübeck und Bremen zu errichten. Für beide Gauen werden nun zum baldigen Eintritt

zwei Hilfsarbeiter

gesucht, welche später, je nach Leistungsfähigkeit und Absolvierung entsprechender Probezeit als Gauleiter angestellt werden sollen. Vor ihrer definitiven Anstellung als Hilfsarbeiter müßten aber die Bewerber um diesen Posten noch kurze Zeit im Hauptbureau in Berlin tätig sein. Die Gehaltsfrage regeln sich nach dem diesbezüglichen Beschlusse des letzten Verbandstages, Seite 202 des Protokolls. Bei der Anstellung als Gauleiter kommen die für diese geltenden Gehaltsfrage in Frage. Reflektanten wollen ihre Bewerbungsschreiben mit näheren Angaben über ihre bisherige Tätigkeit im Verbands sowie in der Arbeiterbewegung überhaupt, dem Nachweis über ihre Organisationszugehörigkeit und einem kurzen Lebenslauf an den Verbandsvorstand, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24, gelangen lassen.

Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress.

Wie den Verbandsmitgliedern zumeist bekannt, findet in der Woche vom 22. bis 27. Juni d. J. der sechste Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg statt. Bezüglich unserer Delegation hierzu hat der Mainzer Verbandstag folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Verbandstag beschließt, den nächsten Gewerkschaftskongress durch vier Delegierte zu beschicken. Von diesen werden drei durch allgemeine Wahlen gewählt und einer vom Verbandsvorstand delegiert. Sollten auf dem nächsten Gewerkschaftskongress für uns wichtige Fragen zur Verhandlung kommen und sich eine stärkere Vertretung unserer Organisation notwendig machen, so hat der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Verbandsauschuß die diesbezügliche Entscheidung zu treffen.“

Auf Grund dieses Beschlusses haben Verbandsvorstand und Verbandsauschuß die Frage behandelt und gleichzeitig bestimmt, daß es bei der Delegation von vier Mann sein werden haben soll, weil irgendwelche Anlässe zu einer stärkeren Vertretung nicht vorliegen. Da nun nach dem vorliegenden Verbandstagsbeschlusse der Verbandsvorstand einen Delegierten zu stellen hat und hierzu der Kollege Albin Mohs erkoren ist, so sind drei Vertreter durch allgemeine Wahlen zu wählen. Letztere gelangen hiermit zur Ausschreibung, und zwar unter nachfolgenden Bedingungen:

Wahlreglement.

Bei den Delegiertenwahlen zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bilden sämtliche Filialen einen Wahlkörper, welcher durch Stimmenmajorität drei Delegierte wählt.

Die Delegiertenwahl ist am 25. und 26. April d. J. zu vollziehen, es darf jedoch nur an einem der zwei in Frage kommenden Tage gewählt werden.

Um jedem Mitgliede Gelegenheit zur Ausübung seines Wahlrechtes zu geben, ist die Abstimmung nicht in der Mitgliedsversammlung, sondern separat in einem speziell anzuberaumenden Wahllokal vorzunehmen. Von der Filialleitung sind entsprechend der Größe und Ausdehnung der Filiale eine Anzahl Wahllokale einzurichten und diese sowohl wie die Wahlzeit den Mitgliedern in der für Bekanntmachungen üblichen Art zur Kenntnis zu geben.

Zur Leitung der Abstimmung ist für jedes Wahllokal eine Wahlkommission von drei Mann zu bestellen, welche für ordnungsgemäßen Verlauf der Wahl zu sorgen und über die Wahlhandlung ein Protokoll zu führen hat. Protokolle und Stimmzettel sind an die Filialleitung abzuliefern, welche dieselben an den Verbandsvorstand weiterzusenden hat.

Die Wahl ist geheim und unmittelbar. Auf dem Stimmzettel dürfen nur drei Namen leserlich sein, die übrigen sind zu durchstreichen. Stimmzettel, die mehr als drei Namen aufweisen, sind ungültig.

Als Wahllegitimation gilt das Verbandsbuch. Wer länger denn acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, ist nicht wahlberechtigt. Die Legitimation ist durch ein Mitglied der Wahlkommission in der entsprechenden Rubrik des Mitgliedsbuches abzuempfehlen.

Als Kongressdelegierte gewählt sind diejenigen drei Kollegen, welche aus sämtlichen Filialen die meisten Stimmen sowie die absolute Majorität der abgegebenen gültigen Stimmen haben.

Die Resultate der Wahl sind von den Ortsleitungen bis spätestens 3. Mai d. J. an den Verbandsvorstand einzusenden.

Kandidatenvorschläge.

Entgegen bisheriger Gewohnheit sollen für diese Delegiertenwahl die Filialen die Kandidaten vorschlagen und nicht der Hauptvorstand. Wir müssen jedoch ersuchen, uns nicht übermäßig mit Vorschlägen zu begnügen, damit die Kandidatenliste nicht bis ins Unermessliche geht. Kandidatenvorschläge, die bis 6. April d. J. infl. nicht eingelaufen sind, finden keine Berücksichtigung.

Für den Verbandsvorstand:
Albin Mohs.

Briefkasten.

Worms. Der Hinweis auf die bevorstehende Versammlung kommt leider zu spät. Warum nicht früher? Das übrige läßt sich ebensowenig verwenden. Venerationen dienen nicht der Agitation. Bitte eventuell Bericht von der Versammlung alsbald einsenden. Gruß! E. D.

H. Königsberg. War bei bestem Willen nicht zu machen. Artikel kommt also bestimmt in nächster Nummer. Frdl. Gr. E. D.



Anzeigen



Totenliste des Verbandes.

Gustav Harlig, Leipzig

† 21. Februar 1908 im Alter von 60 Jahren.

Otto Hentschel, Dresden

† 2. März 1908 im Alter von 66 Jahren.

Hans Thomsen, Hamburg

† 26. Februar 1908 im Alter von 85 Jahren.

Karl Jan, Königsberg i. Pr.

† 2. März 1908 im Alter von 49 Jahren.

Jakob Stopp, Stuttgart

† 28. Februar 1908 im Alter von 42 Jahren.

Eulke Basse, Bremen

im Alter von 65 Jahren.

J. Tamke, Hamburg

† 28. Februar 1908 im Alter von 50 Jahren.

Erich Riedmann, Berlin

† 7. März 1908 im Alter von 22 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Nummer 1 und 3 der „Gewerkschaft“ 1908 ist total vergriffen. Wir ersuchen die Filialen, soweit sie im Besitze überflüssiger Nummern sind, solche umgehend an uns einzusenden zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

:: Filiale Groß-Berlin. ::

Wegen des Umzugs

bleibt unser Bureau am

19. und 20. März geschlossen.

Wiedereröffnung im „Gewerkschaftshaus“, NO. 16, Engelseufer 14, vorn 4 Treppen, am Sonnabend, den 21. März d. J.

Die Ortsverwaltung.